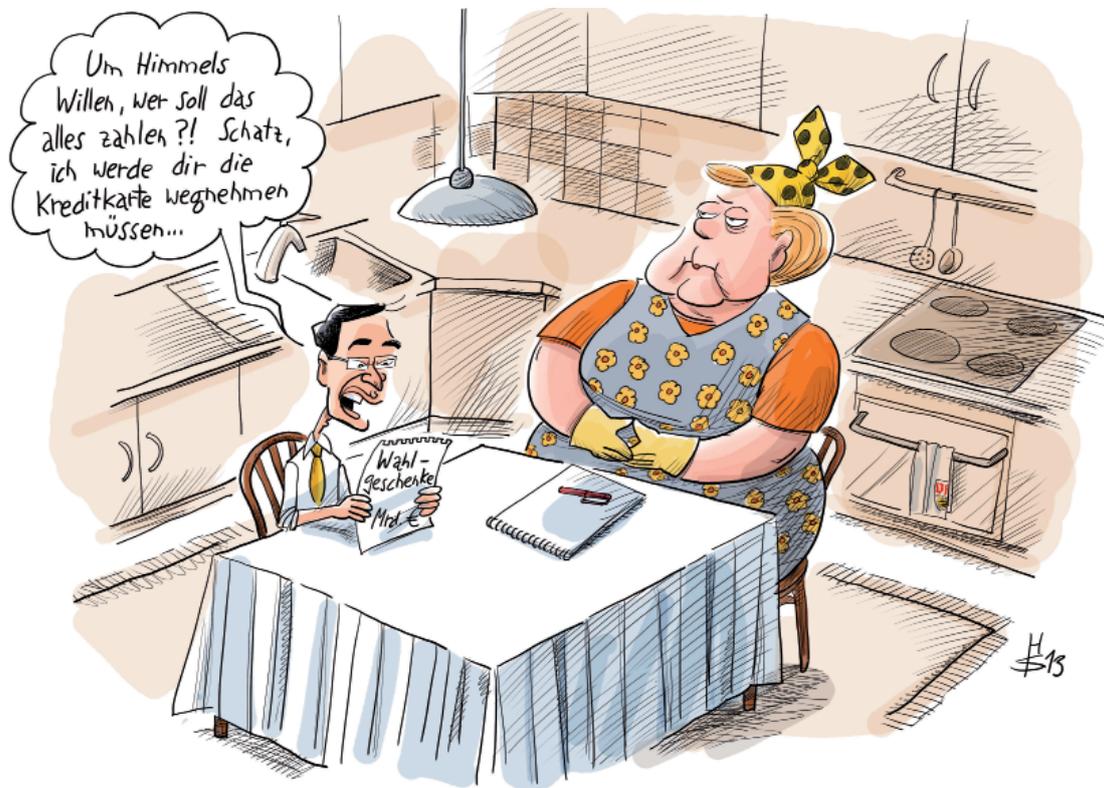


Marktwirtschaft.



Zeichnung: Heiko Sakurai

- | | |
|--|---|
| <p>02 Deichbruch beim Staatshaushalt
Editorial von Michael Eilfort</p> <p>03 Kronberger Kreis fordert Studien- statt Kindergartengebühren
Wissenschaftlicher Beirat rät in neuer Studie zur Umgestaltung der Bildungsfinanzierung</p> <p>04 Der Euro – Europas Schicksalsfrage?
Expertengespräch auf Gut Kaden</p> <p>05 Jahrestreffen in Kronberg</p> <p>06 Mit Nudging zur Energiewende?
Umweltminister Peter Altmaier diskutiert mit Cass R. Sunstein und Justus Haucap</p> <p>07 Europäische Energiepolitik – Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit?
EU-Kommissar Günther H. Oettinger fordert in Brüssel ein paneuropäisches Netz</p> | <p>08 Die Rente ist sicher – aber für wen?
Strategien gegen Altersarmut jenseits einer Rente nach Bedürftigkeit</p> <p>09 Nachdenken über (Ordnungs-)Politik
Bundestagspräsident Lammert hält Entschleunigung für sinnvoll</p> <p>10 Positionspapier zu Steuerlegenden
Argument zum Grundeinkommen</p> <p>11 Soziale Marktwirtschaft: Leuchtturm oder Irrlicht?
Marktwirtschaftliche Empfehlungen</p> <p>12 Stiftung Marktwirtschaft on YouTube
Zur Person</p> |
|--|---|

Deichbruch bei Konsolidierung: Flut auch der Wahlkampfversprechen

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



In Deutschland geben Bundes- und Landesregierungen verbale Konsolidierungsfestspiele, passiert ist aber relativ wenig: Während in Rom, Madrid, Athen, Nikosia, Lissabon und Dublin Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in einem Umfang beschlossen wurden, der Deutschland an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hätte, empfindet Berlin

eine annähernd konstante Ausgabenhöhe zwischen 2010 und 2013 schon als Leistung – bei niedrigen Zinsen und deutlich gesunkenen Sozialtransfers wegen einer wirtschaftlichen Entwicklung, die zudem auf der Einnahmeseite für immer neue Rekorde des Steueraufkommens sorgt. Ein tatsächlicher Haushaltsausgleich hätte angesichts der herausragenden Rahmenbedingungen längst möglich sein müssen.

Einmal mehr setzt die Politik auf die Vergesslichkeit von Medien und Bürgern. 2000 wurde Finanzminister Hans Eichel als „Sparminator“ gefeiert, weil er den Rekordschulden-Budgetplan von Oskar Lafontaine energisch zusammengestrichen und für 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt angekündigt hatte. Gerhard Schröder sagte dann: „Lass´ gut sein, Hans!“ Der Haushaltsausgleich kam nicht, dafür aber Peer Steinbrück – mit der feierlich illuminierten Zusage, 2010 die „schwarze Null“ zu liefern und kurzfristig nur noch ein allerletztes Mal in die Vollen zu gehen. Das gelang: Er machte trotz Rekordsteuereinnahmen, zusätzlicher 25 Mrd. Euro aus der Mehrwertsteuererhöhung und trotz Wirtschaftsbooms neue Schulden. 2010 war das Bundesbudget immer noch im Soll und Wolfgang Schäuble im Amt. Er kündigte für 2014 den ausgeglichenen Haushalt an. Der Plan für 2014 liegt nun vor – und, Überraschung, aus dem Ziel der „schwarzen Null“ wurde irgendwie die „strukturelle Null“: Bereinigt von einmaligen Effekten – wann gibt es die nicht im Leben? – und konjunkturellen Einflüssen sowie bei bestem Wetter könnte der Haushalt 2014 strukturell ausgeglichen sein. Auf Deutsch: Der Staat macht in den nächsten Jahren in jedem Fall wieder Schulden, hat aber gute Ausreden – wie eigentlich immer. Jetzt die Flut und der Wahlkampf, vielleicht auch wieder eine Rezession, die die mittelfristige Finanzplanung nicht vorsieht. Wieso eigentlich kann nicht

umgeschichtet, sondern sollen bei Hochwasserschäden automatisch neue Schulden aufgenommen werden? Die Flut nutzt die Bundesregierung dann auch gleich, um die erste Zusage für 2014 endgültig abzuräumen und den nächsten Aufschub zu verkünden: Die „schwarze Null“ wird uns jetzt für 2016 versprochen. Da dürfen wir sogar Haushaltsüberschüsse erwarten – vorausgesetzt, bis dahin regnet es weder meteorologisch noch ökonomisch!

Dabei ist die Schuldenlogik, mit der seit nun 45 Jahren frappierend selbstverständlich Jahr für Jahr neue Kredite aufgenommen werden, seit Athen und dem Frühjahr 2010 gebrochen. Deutschland steht besser da als andere europäische Staaten – aber es ist nur Einäugiger unter Blinden. Auf der anderen Seite ist der überschaubare Ehrgeiz der Bundesregierung bei echter Konsolidierung nur absolut eine Enttäuschung. Relativ gesehen erscheint angesichts der angekündigten nationalen Zusatzausgabenpläne und europäischer Transferbegeisterung der Opposition Schwarz-Gelb schon wieder in deutlich milderem Licht.

Offensichtlich ist: Je mehr der Staat hat, desto mehr hat er zu wenig. Einnahmesteigerungen tragen aller Erfahrung nach nicht zum Haushaltsausgleich, sondern eher zu noch größeren neuen Ausgaben bei – ohne von möglichen Gefahren für Wachstum, Wohlstand und marktwirtschaftliche Anreize zu sprechen, die von neuen Steuern oder Steuererhöhungen ausgehen könnten. Der Bundestagswahlkampf kennt keine Konsolidierung, alle Parteien scheinen einig, sich in konjunkturell guter Zeit auf neue strukturelle Ausgaben festzulegen. Eine arbeitstellige schwarz-grüne Koalition deutet sich an: Kanzlerin Merkel gibt mit vollen Händen zusätzlich aus, was die Grünen auf der Steuerseite abkassieren. Von einer Lernkurve kann man da bei keinem sprechen – und von einem europäischen Vorbild schon gar nicht.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann und Alexander Louvet (S. 7)

Kronberger Kreis fordert Studien- statt Kindergartengebühren

Wissenschaftlicher Beirat rät in seiner neuen Studie zur Neugestaltung der Bildungsfinanzierung

Chancengerechtigkeit ist ein zentraler Wert für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft. Wie sollte also die Bildungsfinanzierung ausgestaltet sein? Welche Bildungsphasen bedürfen der besonderen staatlichen Unterstützung? Wann ist es sinnvoll, das Individuum stärker in die finanzielle Pflicht zu nehmen?

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, Kronberger Kreis, fordert in seiner neuen Studie „Bildungsfinanzierung neu gestalten“ (Nr. 56) den Staat dazu auf, frühe Bildungsphasen direkt und verstärkt zu fördern. Die Einführung von – nach dem Einkommen der Eltern gestaffelten – Gutscheinen für einen Kindergartenplatz könnte einen fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Anbietern sicherstellen. Vor der Einschulung empfiehlt das Gremium die Einführung eines allgemein verpflichtenden Kindergartenjahres.

Das Gutscheinsystem pro Schüler könnte auch die öffentliche Förderung der Schulbildung ersetzen. Der Wettbewerb unter den Schulen soll durch eine erweiterte Autonomie in der Ausgestaltung ihres Lehrangebots gestärkt werden.

Die Professoren Lars P. Feld, Justus Haucap, Volker Wieland und Berthold U. Wigger fordern zudem den ausnahmslosen Verzicht auf indirekte steuerliche Förderung von Bildungsinvestitionen in Form von Freibeträgen der Eltern in den vorschulischen, schulischen und universitären Bildungsphasen. Die Studierenden sollen dagegen die Kosten ihres Studiums nach ihrem Abschluss steuerlich geltend machen können. Der Kronberger Kreis spricht sich klar für die (Wieder-)Einführung von Studiengebühren an öffentlichen Hochschulen aus.



web

Die neue Studie des Kronberger Kreises finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de.

DIE WELT

Inga Michler, 26.01.2013

„Stiftung Marktwirtschaft will die Bildungsfinanzierung in Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen“, beginnt *Inga Michler* in der Tageszeitung *Die Welt* ihren Beitrag zur Vorstellung der neuen Bildungsstudie des Kronberger Kreises. „Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland bekanntlich besonders ungleich verteilt – und das liegt nach Einschätzung von liberalen Ökonomen an groben Fehlern im System: Der Staat gibt zu viel Geld für Studenten, zu wenig dagegen für Vorschulkinder aus. [...] Der Vorsitzende des Kronberger Kreises, Lars Feld, warb deshalb für mehr Investitionen in die Qualität von Schulen und Kindergärten und mehr Beteiligung der Privaten an den Kosten für das Studium. Konkret fordern die Ökonomen Studiengebühren für alle Studenten, die über zinsgünstige öffentliche Studienkredite finanziert werden könnten. Für diese Ausgaben solle der Staat Verlustvorträge gewähren, die die Studierenden von ihrem späteren Einkommen absetzen können. Idee dahinter ist es, die sogenannten externen Effekte der Bildung besser auszugleichen.“ Die Autoren des Kronberger Kreises, der den auf ordnungspolitische Reformkonzepte spezialisierten Think-Tank berät, haben für ihre Forschungsarbeit mit dem Titel „Bildungsfinanzierung neu gestalten“ internationale Studien und Zahlen zusammengetragen.

Frankfurter Allgemeine

Philipp Krohn, 25.01.2013

Auch *Philipp Krohn* beginnt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit der Hauptforderung des Kronberger Kreises, die Bildungskosten in Deutschland zwischen privaten Haushalten und dem Staat neu zu verteilen. „In der vorschulischen Phase zu viel, in der Hochschulphase zu wenig auf private Initiative gebaut“, zitiert Krohn aus der Studie. „In Deutschland sei der private Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Vorschulalter mit fast 30 Prozent deutlich höher als in Frankreich, Amerika oder Großbritannien. Anders als in diesen Ländern sinke der Anteil aber in späteren Jahren.“ „Es sollte genau umgekehrt sein,“ wiederholt Krohn die Forderung der Finanzwissenschaftler.

Handelsblatt

Barbara Gillmann, 25.01.2013

Das *Handelsblatt* konkretisiert die Forderung des Kronberger Kreises: „Um die frühkindliche Bildung zu stärken, sollen arme Familien einen Aufschlag auf die Grundsicherung bekommen, wenn sie die Kinder in den Kindergarten schicken“, so der Reformvorschlag der Ökonomen. „Im Gegenzug sollen Steuerfreibeträge von Eltern für die Bildung von kleinen und großen Kindern wegfallen.“

Der Euro – Europas Schicksalsfrage?

Expertengespräch der Stiftung Marktwirtschaft auf Gut Kaden

Wie geht es mit dem Euro weiter? Bricht die Währungsunion auseinander? Zahlen wir in Zukunft wieder mit D-Mark, Franc oder Drachme? Oder kann der Euro eine stabile Weltleitwährung werden? Diesen Fragen nahm sich die Stiftung Marktwirtschaft bei einem Expertengespräch am 8. März 2013 an, an dem Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Wirtschaftsvertreter teilnahmen. Gastgeber Dr. Lutz Peters lud die hochkarätigen Teilnehmer, u.a. Holger Steltzner, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, und Roland Tichy, Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*, auf Gut Kaden in der Nähe von Hamburg ein.



Prof. Dr. Stefan Homburg, Josef Joffe Ph.D., Prof. Dr. Otmar Issing, Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Dr. Thilo Sarrazin, Prof. Dr. Joachim Starbatty und Gastgeber Dr. Lutz Peters (v.li.).

Die Tagung wurde kenntnisreich und unterhaltsam von Josef Joffe Ph.D., Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*, moderiert. Joffe illustrierte die Problemstellung anhand einer Metapher: „Wir sind vor fünfzehn Jahren in einen Zug der Währungsunion eingestiegen. Dieser Zug besteht aus zwölf unter Dampf stehenden Lokomotiven mit zwölf Lokführern, aber ohne einen Zugführer. Die Lokomotiven müssen alle zur selben Zeit mit der gleichen Geschwindigkeit in dieselbe Richtung fahren. Ansonsten brechen die Kupplungen und der Zug entgleist.“ Wie könne man diesen Zug nach missglücktem Start wieder zum Fahren bringen?

Prof. Dr. Otmar Issing, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, zeigte die Möglichkeiten auf, die für die Erhaltung der Währungsunion bestehen: „zurück zu Maastricht“, Einrichtung einer politischen Union oder eine Politik zwischen diesen beiden Optionen, welche er aber nicht präferiert. Alternativen zum Erhalt der Währungsunion wären eine Verkleinerung bzw. eine komplette Auflö-



Die Zeit-Herausgeber Josef Joffe Ph.D. mit Prof. Dr. Otmar Issing (v.li.).

sung. Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, Universität Bonn und langjähriges Mitglied im Kronberger Kreis, bezeichnete sich selbst als Kritiker, aber zugleich auch Befürworter des Euro, weil dieser eine Stabilitätschance in Europa schaffe. Eine politische Union sei keine Lösung, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit Europas nicht verbessere.

„Politik und Finanzwirtschaft haben eine Allianz gebildet und teilen sich die Gewinne auf Kosten der Realwirtschaft.“ Diese kontroverse These stellte Prof. Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Universität Hannover, auf. Dr. Thilo Sarrazin, Buchautor und ehemaliger Berliner Finanzsenator, beschrieb die aktuelle Situation in Europa als „gigantische polit-ökonomische Wette“ darauf, dass die südeuropäischen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Sparen und Strukturformen herstellten, ohne ihre Wechselkurse anzupassen.

Wie der Zug der Währungsunion zum schnellen und sicheren Fahren gebracht werden könne, darüber herrschte auch nach den engagierten Diskussionen keine Einigkeit – aber verändertes Problembewusstsein.



Prof. Dr. Stefan Homburg warnte bereits in den 1990er Jahren vor dem Scheitern der Währungsunion.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie bald auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Frühjahrstreffen in Kronberg

Leuchtturmprojekte von Stiftung und Kronberger Kreis im Jahr der Bundestagswahl

Der Vorsitzende des Stiftungsrates, Prof. Dr. Theo Siegert, eröffnete am 19. April 2013 das traditionelle Frühjahrstreffen von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis im Kronberger Schlosshotel, das vor über 30 Jahren als Gründungsstätte für den Think-Tank gedient hat. In Gedanken an Prof. Dr. Johann Eekhoff, langjähriges Mitglied und engagierter Sprecher des Kronberger Kreises, bat der Stiftungsratsvorsitzende zu Beginn die Anwesenden und Weggefährten um eine Schweigeminute. Über 15 Jahre hatte Eekhoff in seiner Arbeit für den Kronberger Kreis klug und zugleich bescheiden das Anliegen des wissenschaftlichen Beirats vor die eigene Person gestellt, die Hälfte der Zeit als Sprecher des Kreises. Geradlinig und gemäß seiner ordoliberalen Grundhaltung setzte er sich für die praktische Umsetzung volkswirtschaftlicher Erkenntnisse und für politisch machbare, ausgewogene Reformvorschläge ein.

In der Runde begrüßte Siegert für den Kronberger Kreis zum ersten Mal Prof. Dr. Justus Haucap, Gründungsdirektor und Leiter des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität. Siegert teilte darüber hinaus mit, dass Prof. Dr. Clemens Fuest vor Kurzem aus Oxford zurückgekehrt ist und in der Folge neben seinem Amt als Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung seine Tätigkeit im Kronberger Kreis wieder aufgenommen hat. Die Berufung von Prof. Volker Wieland Ph.D. in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage wurde ebenfalls anerkennend honoriert.

Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Michael Eilfort, berichtete zunächst über die zurückliegende Arbeit der Stiftung. Er machte auf die Notwendigkeit fröhlicher Penetranz in Berlin ebenso aufmerksam wie auf ein gutes Verhältnis von Aufwand und Wirkung. Neben dem Schwerpunkt Steuern, dem mit einer neuen Mitarbeiterin wieder verstärkt Gehör verschafft werden soll (siehe auch S. 12), ist ein weiterer Schwerpunkt im ersten Halbjahr der Stiftung die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Energiewende. Schließlich wies Eilfort mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl darauf hin, dass es sich in diesem Jahr auf Dekaden hinaus wohl um die letzte Wahl handeln werde, bei der die Unter-55-Jährigen die Mehrheit der Wähler (nicht der Wahlberechtigten!) stellen. Die demografische Veränderungsdynamik mache es auch vor diesem Hintergrund erforderlich, in Zukunft verstärkt die Jüngeren an- und über die Innovationsfähigkeit und Veränderungsbereitschaft in Deutschland zu sprechen.



Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart moderierte anschließend in seiner Funktion als Kuratoriumsvorsitzender das Gespräch mit Prof. Dr. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises, mit dem Schwerpunkt „Maastricht 2.0“ zur europäischen Schuldenkrise und Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung, zum „Ehrbaren Staat“. Feld erklärte, dass das Konzept „Maastricht 2.0“ des Kronberger Kreises in das gleichnamige Konzept des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage eingeflossen sei. Er merkte außerdem an, dass ohne die Europäische Zentralbank und ihre Ankündigung im vergangenen Sommer seiner Meinung nach eine Stabilisierung der Eurozone nicht stattgefunden hätte.

Vorstandsmitglied Raffelhüschen versuchte danach, das Leuchtturmprojekt „Ehrbarer Staat“ auf Basis der Methode Generationenbilanz auf den Punkt zu bringen: Hier ginge es darum, den Staat ähnlich einem bilanzierenden Kaufmann, der Rückstellungen für das Unternehmen bildet, zu analysieren und zu beurteilen. Fehlende Rückstellungen bedeuten in der Wirtschaftsprüfung nämlich einen Überschuldungstatbestand und führen ab einem gewissen Umfang im Bilanzrecht zur Insolvenz. Wenn der Staat dies aber von den Unternehmen verlange, warum muss er sich dann nicht selbst daran halten, fragte Raffelhüschen und versprach, den Staat auch weiterhin auf dieses Fehlverhalten hinzuweisen und mit der Berechnung der impliziten Schulden die versteckten Leistungsversprechen sichtbar zu machen.

web

Den Bericht über das Jahrestreffen finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Mit Nudging zur Energiewende?

Umweltminister Peter Altmaier diskutiert mit Obama-Berater Cass R. Sunstein und Justus Haucap

Die deutsche Energiewende kommt nur schleppend voran. Die Energiepreise für die Verbraucher und die Vergütungen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) steigen immer weiter an. Der Netzausbau stockt. Die Politik versucht mit immer undurchschaubareren Regelungen den Einzelproblemen Herr zu werden. Dabei verliert sie die Gesamtwirkung der von den verschiedenen Regelungen ausgehenden Verhaltensanreize auf Energieerzeuger, -verbraucher und -netzbetreiber aus dem Blick.

Vielleicht sind staatliche Vorgaben oder Verbote nicht der geeignete Weg, um die Verbraucher zu einem energiesparenden Verhalten anzuhalten oder um Zustimmung für die Energiewende hervorzurufen. Das verhaltensökonomische Konzept des „Nudging“ könnte eine mögliche Alternative sein. Nudging bedeutet, dass der Staat Bürger und Unternehmen mit einem Anstupfen zu einem als richtig empfundenen Verhalten ermutigt. Letztere besitzen aber nach wie vor die Freiheit, sich auch anders zu entscheiden.

Die Stiftung Marktwirtschaft warf auf einer von Prof. Dr. Lucia Reisch moderierten Tagung am 4. Juni 2013 im Berliner Reichstag die Frage auf: „Mit Nudging zur Energiewende?“ und diskutierte mit einem hochkarätigen kleinen Expertenpanel. Bundesumweltminister Peter Altmaier thematisierte das Problem der steigenden Energiekosten: „Wir brauchen ein neues EEG, das den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu niedrigeren Kosten als bisher vorantreibt.“ Immer mehr Unternehmen produzierten ihren eigenen Strom und zögen sich in der Konsequenz aus



Peter Altmaier MdB, Prof. Dr. Lucia A. Reisch, Prof. Cass R. Sunstein (v.li.)

der Finanzierung der Systemkosten weitgehend zurück, so dass im Ausgleich immer weniger Verbraucher eine immer höhere Umlage zahlen müssten. Altmaier fand den Nudging-Ansatz interessant, weil die Energiepolitik attraktive und zugleich kostengünstige Anreize benötige, wie z.B. privilegierte Parkplätze in Stadtzentren für Elektroautos.



Prof. Dr. Michael Eilfort, Peter Altmaier MdB, Prof. Dr. Lucia A. Reisch, Prof. Cass R. Sunstein und Prof. Dr. Justus Haucap (v.li.)

Prof. Cass R. Sunstein, Universität Harvard, ist nicht nur einer der Erfinder des Nudging, als Chef des Office of Information and Regulatory Affairs konnte er diesen Ansatz der intelligenten Regulierung auch in die Praxis umsetzen. Sunstein berichtete dem Publikum von den Regulierungserfolgen der US-Regierung unter Präsident Barack Obama und betonte die Wichtigkeit des Designs der „Entscheidungsarchitektur“. Häufig reiche es aus, den „Default“ (die Voreinstellung) in einer bestimmten Entscheidungssituation zu ändern. Die Entscheidung werde weiterhin dem Individuum überlassen, welches aber überwiegend den vorgegebenen Default übernehme, was Sunstein u.a. der Trägheit der Individuen zuschreibt.

Prof. Dr. Justus Haucap, Universität Düsseldorf, kritisierte die deutsche Energiepolitik scharf: „Die Energiewende ist eine Fehlallokation von intellektuellen Ressourcen.“ Man denke nicht mehr über die Reduzierung von CO₂ oder den sinnvollen Ausbau des europäischen Emissionshandelsystems nach, sondern nur noch darüber, wie man den Ausbau der Erneuerbaren Energien erhöhen könne. Auch bei den Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sah das Mitglied im Kronberger Kreis statt Nudging hauptsächlich Dirigismus. Viele energiepolitische Instrumente, wie z.B. das EEG, das Glühbirnenverbot und das angeordnete Verbot von Nachtspeicherheizungen seien teuer – und brächten dem Klimaschutz nichts.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Europäische Energiepolitik – Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit?

EU-Kommissar Günther H. Oettinger in Brüssel im Gespräch mit Wissenschaft und Wirtschaft

Energie und Marktwirtschaft zusammenzubringen ist schon in Deutschland nicht einfach. Die europäische Ebene steht vor der zusätzlichen Schwierigkeit, die nationalen Energiepolitiken zu koordinieren. Das Ziel sollte klar sein: eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, die Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit erhält. Wie kommen wir aber zu einem echten europäischen Energiebinnenmarkt? Dieser Frage ging die Stiftung Marktwirtschaft auf einer Tagung am 6. März 2013 in der Vertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel nach.



Prof. Dr. Michael Eilfort, Hendrik Kafsack, Günther H. Oettinger, Prof. Coby van der Linde, Dr. Kurt Bock, Prof. Dr. Justus Haucap (v.li.).

Der europäische Kommissar für Energie, Günther H. Oettinger, plädierte dafür, dass Energiepolitik nicht nur den Klimaschutz, sondern auch industrie- und sozialpolitische Aspekte beachte. Seine Prognose: „Die Bedeutung, die die Arbeitskosten als Produktionsfaktor in den 1990er Jahren gehabt haben, wird in Zukunft bei den Energie- und Rohstoffkosten liegen.“ Deswegen warnte er davor, dass energieintensive Unternehmen eine Standortverlagerung vergleichsweise schnell und leise vornehmen könnten, indem sie immer weniger in ihre teuren Standorte investieren: „Das merkt die deutsche Politik lange nicht. Da es dem Arbeitsmarkt und der Gesellschaft derzeit nicht nur gut, sondern vielleicht zu gut geht, fehlt dafür die Sensibilität.“

Dr. Kurt Bock, Vorsitzender des Vorstands der BASF SE, mahnte: „Wenn Sie Wertschöpfungsketten zerstören, schwächen Sie die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes insgesamt.“ Deswegen sei es eine gefährliche Rechnung, wenn die Grundstoffindustrie in Europa als verzichtbar abgestempelt werde. Dies schade im Endeffekt auch dem Weltklima, denn außerhalb Europas werde in der Regel mit niedrigeren Umweltstandards produziert. Laut Bock habe sich die Risikobereitschaft in Deutschland verändert. Die zunehmend übervorsichtige Einstellung zu



Günther H. Oettinger, Hendrik Kafsack, Dr. Kurt Bock (v.li.).

Risiko und technischem Fortschritt könne sich zu einem echten Wettbewerbsnachteil entwickeln. Deswegen appellierte er an die Zuhörer, unter Berücksichtigung der hohen Umweltstandards die Industrie auch in Deutschland Erdgas-Fracking testen zu lassen.

Die Energiekosten (anteilig am BIP) haben sich zwischen den USA auf der einen und Europa und China auf der anderen Seite auseinanderentwickelt. Dieser Trend werde sich laut Prof. Coby van der Linde, Universität Groningen und Mitglied des Dutch Energy Council, auch in Zukunft fortsetzen. Das Wachstum des weltweiten Gasangebots werde in der deutschen und europäischen Energiepolitik – im Gegensatz zu anderen Weltregionen – weitgehend ignoriert. Van der Linde stellte klar: „No outside supplier takes the European energy story for a success story.“ In Bezug auf die europäische Klimaschutzpolitik riet sie dazu, sich auf Zielvorgaben entweder für CO₂ oder für den Anteil Erneuerbarer Energien zu konzentrieren.

Prof. Dr. Justus Haucap, Universität Düsseldorf, wies die Zuhörer auf ein widersinniges Phänomen hin: die Produktion von grünem Strom werde billiger, aber die Strompreise stiegen kontinuierlich an. Das Mitglied des Kronberger Kreises: „Es war ein Fehler, den politischen Institutionen Bundestag und Bundesrat die Entscheidungshoheit über die Einspeisetarife zu überlassen.“ Denn auf den schnellen Verfall, z.B. der Solarpanelpreise, könne die Politik gar nicht schnell genug reagieren. Die Produzenten von Erneuerbarer Energie hätten eine „produce and forget“-Mentalität entwickelt. Deswegen plädierte Haucap für ein Quotenmodell zur Förderung von Erneuerbarer Energie.

web

Den Bericht zur Tagung finden
Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Die Rente ist sicher – aber für wen?

Strategien gegen Altersarmut jenseits einer Rente nach Bedürftigkeit

Wieder einmal steht eine Reform der Rentenversicherung im Zentrum aktueller politischer Debatten – allerdings mit einer veränderten inhaltlichen Fokussierung als in der Vergangenheit. Ging es in den letzten Jahren in erster Linie um die Frage, wie die Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung dauerhaft gesichert werden kann – entsprechende Reformen wie der Nachhaltigkeitsfaktor, die Riester-Rente oder die Rente mit 67 wurden schließlich auch umgesetzt –, schlägt das Pendel nun in die entgegengesetzte Richtung aus: Vertreter fast aller politischen Parteien malen für die kommenden Jahrzehnte das Schreckensszenario einer breit um sich greifenden Altersarmut an die Wand und leiten daraus Forderungen nach höheren Renten für untere Einkommensgruppen ab. Die dauerhafte Finanzierbarkeit der Rentenkassen wird hingegen nur noch am Rande thematisiert – hier scheint nicht nur die Politik von den derzeitigen temporären Einnahmenüberschüssen in der GRV geblendet. Nimmt man das langfristige Finanzierungsproblem ernst und denkt man gleichzeitig die Bestrebungen umverteilungspolitisch zu Ende, die Rente nicht mehr primär nach Leistung, sondern nach Bedürftigkeit zu bemessen, dann könnte eines Tages ein – heute noch fiktives – Szenario Realität werden: Wohlhabenden Rentnern, die zusätzlich private Altersvorsorge betrieben haben und über ausreichende andere Einkommensquellen verfügen, wird die staatliche Rente mit dem Argument gekürzt, dass sie ja nicht auf diese angewiesen seien und Einsparungen in der Rentenkasse unerlässlich seien, um die „Gerechtigkeitslücke“ bei niedrigen Renten schließen zu können.



Dieses fiktive Szenario nahm die Stiftung Marktwirtschaft als Ausgangspunkt für die Veranstaltung „Die Rente ist sicher – aber für wen?“, die am 20. März 2013 in Berlin stattfand. Renommierte Experten aus Wissenschaft und Politik diskutierten über Strategien, wie man dem drohenden Problem zunehmender Altersarmut wirksam entgegenzutreten kann.

web

Den Podcast zur Tagung und demnächst auch einen Bericht finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Carsten Linnemann MdB, Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Dr. Ursula Weidenfeld und Prof. Dr. Michael Eilfort (v.li.).

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier konnte ein Stück weit Entwarnung geben: Durch Beitragszahlungen erworbene Rentenansprüche seien im gegenwärtigen System verfassungsrechtlich geschützt. Größere Spielräume habe der Gesetzgeber hingegen bei der Bewertung von beitragsfreien Zeiten oder bei der Heraufsetzung des Rentenalters. Auch sei ein Systemwechsel nicht völlig ausgeschlossen. Grundsätzlich sah er für die Bekämpfung der Altersarmut jedoch andere Zweige des Sozialrechts gefordert. Eine ähnliche Position vertraten Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Dr. Carsten Linnemann MdB (CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Während Raffelhüschen die Bedeutung eines funktionierenden Arbeitsmarktes und längerer Lebensarbeitszeiten für dauerhaft finanzierbare Renten betonte, warnte Linnemann davor, das System der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter schlecht zu reden. Für die SPD hatte der leider inzwischen verstorbene Ottmar Schreiner zugesagt, konnte aber nicht mehr mitwirken.

Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup unterstützte hingegen die Idee, bei Geringverdienern das Prinzip der Beitragsäquivalenz zu durchbrechen und ihnen über kriteriengebundene, aufstockende Rentenzuschüsse eine Rente zumindest in Höhe des Grundsicherungsanspruchs zu gewähren. Ansonsten verlören Geringverdiener während ihres Erwerbslebens jeglichen Anreiz, sich an Altersvorsorgesystemen zu beteiligen. Man müsse sich der Realität eines größer gewordenen Niedriglohnssektors stellen und dessen Konsequenzen auf die Renten berücksichtigen. Gleichzeitig warnte Rürup davor, die Rentenreformen der letzten Jahre zur Disposition zu stellen, um damit das heutige Rentenniveau flächendeckend aufrechtzuerhalten – dies sei weder verteilungspolitisch zielführend noch finanzierbar.

Tagung regt an zum Nachdenken über (Ordnungs-)Politik

Die Last der Beschleunigung und der Wunsch nach Entschleunigung für den „Politikbetrieb“

Kann Deutschland sich den vermeintlichen Luxus von Ordnungspolitik und damit eine verantwortungsbewusste und generationenübergreifende Rahmensetzung noch leisten? Die Dominanz moderner Informationstechnologien und die unausweichliche Verknüpfung jeder nationalen Handlung in ein grenzüberschreitendes, wenn nicht sogar globales Geflecht von Wechselbeziehungen beeinflussen den Tagesablauf eines jeden Einzelnen – auch im „Politikbetrieb“ – bereits maßgeblich. Letzten Endes und zwangsläufig sogar die Inhalte. Losgelöst von programmatischer Haltung lässt häufig politischer Aktionismus die Ordnungspolitik ins Hintertreffen geraten.

Die Stiftung Marktwirtschaft hat gemeinsam mit der Dräger-Stiftung diese Entwicklung am Jahresanfang aufgegriffen und fragte den Präsidenten des Deutschen Bundestags, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB (CDU), sowie Dr. Klaus von Dohnanyi (SPD) und Kerstin Andreae MdB (Bündnis 90/Die Grünen), ob Politik aufgrund der unterschiedlichen Generationen- sowie Parteizugehörigkeit aus ihrer Sicht diesen grundlegenden Änderungen gewachsen ist.

Bundestagspräsident Lammert wies zunächst darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren zu einer Reihe von fundamentalen Änderungen der Rahmenbedingungen gekommen sei. Auch sieht Lammert die Politik nahezu ständig in einem Krisenmodus. „Für jede einzelne Frage erhält die Politik darüber hinaus von den Fachleuten sich wechselseitig ausschließende Lösungsvorschläge“, ergänzte Lammert. Dabei bestünde die Erwartung, dass die Bewältigung der Krise schnell erfolgen müsse, was wiederum drohe, auf Kosten der Gründlichkeit, der Ernsthaftigkeit und der Seriosität zu gehen. Fortschritt aber dürfe nicht zum Opfer des Tempowahns werden. Auf die richtige Richtung komme es stattdessen an, resümierte Lammert.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Andreae, stimmte Lammert zu; es wäre jedoch erforderlich, dem Wettbewerb auch „ein qualitatives Besserwerden“ entgegenzusetzen, was wiederum zu einer Entschleunigung beitragen könne. Der Politiker dürfe sich allerdings nicht anmaßen, mehr zu verstehen als der Sachverständige, betonte der ehemalige Bürgermeister von Hamburg Dohnanyi (SPD). „Der Politiker ist ein hochgebildeter Dilettant“, so Dohnanyi und müsse sich richtig beraten lassen. Für den früheren Bundesbildungsminister besteht die Aufgabe des Politikers darin, „Komplexitäten zu reduzieren und Wichtiges von Unwichtigem zu un-

terscheiden.“ Der als Sachverständiger tätige Sprecher des Kronberger Kreises und Leiter des Walter Eucken Instituts, Prof. Dr. Lars P. Feld, gab daraufhin zu, dass die Politikberater umso schneller reagieren müssten, je hektischer und mediengetriebener der Politikbetrieb sei. Das bedeute, dass auch bei den Beratern das ordnungspolitische Denken immer mehr in den Hintergrund rücke.

Welche neuen, vor allem aber funktionierenden Denkansätze die Gehirnforschung beizutragen hat, erklärte schließlich der Neurobiologe Prof. Dr. Gerald Hüther von der Universität Göttingen und machte damit einen Schritt über die Nabelschau im Deutschen Bundestag hinaus. Der Hirnforscher gab zu bedenken, dass „das Gehirn unter Druck keine kreativen Lösungen ausarbeiten könne. In einer solchen Situation greife man nur auf Bekanntes zurück. Es sei daher erforderlich, eine „Potentialfaltungskultur“ zu schaffen, der die Politik mit einer entsprechenden Rahmensetzung den Boden ebnet.“



Bundestagspräsident
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB.

Frankfurter Allgemeine Philipp Krohn, 31.01.2013

„Läuft die Zeit – und der Politiker hinterher? Mit dieser Frage eröffnete Lammert den Diskurs über die Folgen der Beschleunigung für den Politikbetrieb, den die Stiftung Marktwirtschaft mit ihrem Symposium „Nachdenken über Ordnungspolitik“ im Bundestag angeregt hat. „Wer nicht in Echtzeit reagiert, hat den Verdacht gegen sich, nicht auf der Höhe der Zeit zu sein“, zitiert Philipp Krohn von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Bundestagspräsidenten. Der Umfang des Nachrichtenflusses nehme erheblich zu – ob die Inhalte auch signifikant wichtiger als früher seien, dürfe jedoch bezweifelt werden, schreibt Krohn.

web

Den Bericht sowie ein Podcast zur Tagung finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Steuerlegenden – Positionspapier zur Besteuerung

Sagte 1969 noch ein amerikanischer Präsident „Wir können die Besteuerung niemals populär, aber wir können sie fair machen“, so beweisen die öffentlichen Debatten im Bundestagswahljahr 2013 womöglich das Gegenteil. In Folge der Finanzmarkt- und Schuldenkrise werden verstärkt Wünsche offenbar, die Einnahmen des Staates zu erhöhen, noch mehr von „Reich“ nach „Arm“ umzuverteilen und besonders diejenigen in Anspruch zu nehmen, die nach verbreiteter Meinung die Krise mitverursacht haben.

Mit den vorgeschlagenen Steuererhöhungen auf breiter Front einher geht eine dramatische Beschleunigung staatlichen „Steuern mit Steuern“ – ordnungspolitisch in jedem Fall ein so gefährlicher Weg wie die bürokratie- und gestaltungsträchtige Einführung neuer Steuern. Die rege öffentliche Debatte über Steuern und Steuergerechtigkeit nährt sich auch aus vielen einprägsamen Gemeinplätzen. Ist aber, was ständig und gern wiederholt wird, auch richtig? Nach Prüfung von zehn verbreiteten Steuerlegenden im neuen Positionspapier der Stiftung (Nr. 5) kommt die Stiftung Marktwirtschaft zum Ergebnis: nicht unbedingt. Manches ist sogar so eindeutig falsch, dass sich schon die Frage stellt, wer mit welchem Interesse diese Legenden verbreitet.



web

Das Positionspapier Nr. 5 steht in Kürze auf unserer Homepage zum Herunterladen:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre keine Lösung

Ein bedingungsloses Grundeinkommen – von einigen auch „solidarisches Bürgergeld“ genannt – wird immer wieder als vermeintlicher sozialpolitischer Heilsbringer in die öffentliche Diskussion geworfen. Neben einer gerechteren, auf stärkere Partizipationsmöglichkeiten ausgerichteten Gesellschaft erhoffen sich seine Befürworter vor allem einen individuellen Freiheitsgewinn durch die Abkehr vom Bedürftigkeits- und Gegenleistungsprinzip bei Transferbezug. Weitere positive Effekte wie höhere Arbeitsanreize, Bürokratieabbau und Transparenzgewinn sollen hinzukommen. Probleme und negative Auswirkungen – beispielsweise was die Finanzierung betrifft – gebe es hingegen keine oder sie ließen sich bei richtiger Ausgestaltung leicht vermeiden.

Doch halten die positiven Einschätzungen und Erwartungen einer kritischen Überprüfung stand? Dieser Frage geht die Stiftung Marktwirtschaft in einer neuen Studie aus der Reihe *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik* zum Grundeinkommen nach. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass eine gehörige Portion Skepsis gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen angebracht ist.

Problematisch ist insbesondere die völlige Abkehr vom Prinzip der Eigenverantwortung und echter Subsidiarität, die wesentliche Bestandteile einer ordnungspolitischen Ausrichtung darstellen. Wer primär auf den Staat setzt und erwartet, dass dieser allen ein sorgenfreies Leben garantiert, ohne zugleich eine Gegenleistung zu fordern, muss sich über fragwürdige Anpassungsreaktionen der Menschen nicht wundern. Diese wirken sich nicht nur im ökonomischen Bereich negativ aus, etwa auf dem Arbeitsmarkt oder in den öffentlichen Haushalten, sondern lassen langfristig auch soziale Normen erodieren. Die Folgen für die Gesellschaft sind auf lange Sicht nicht auszudenken.

Auch wenn der gegenwärtige Sozialstaat keineswegs perfekt ist und an zahlreichen Stellen reformiert werden sollte – ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft der falsche Weg.

web

Die Veröffentlichung finden Sie in Kürze ebenfalls auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Soziale Marktwirtschaft: Leuchtturm oder Irrlicht?

Marktwirtschaftliche Empfehlungen für drängende aktuelle Probleme

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes werden Grundsatzdebatten um den richtigen Kurs des Landes geführt. Manche sehen Gerechtigkeitsdefizite und fordern zu ihrer Beseitigung eine stärkere Umverteilung – finanziert durch höhere Steuern. Andere beklagen die zu starke Ausuferung des Sozialstaats und den drohenden Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, z.B. durch die Kosten der Energiewende. Jeder bemüht die Statistik zu seinem Zweck und zeichnet so ein vollkommen divergierendes Bild von Deutschland.

Wie steht es tatsächlich um die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland? Dominieren soziale Schief lagen unsere Gesellschaft? Verschläft Deutschland die anstehenden Herausforderungen im Wettbewerb mit den aufstrebenden Schwellenländern?

Die neue Publikation der Stiftung „Soziale Marktwirtschaft: Leuchtturm oder Irrlicht?“ geht diesen Fragen auf den Grund. Zunächst wird das geistige Fundament der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt. Außerdem wird untersucht, wie es – auch im internationalen Vergleich – um die Ausprägung der zentralen marktwirtschaftlichen Werte, Freiheit, Wettbewerb und Chancengerechtigkeit in Deutschland steht.

Dabei zeichnet sich insgesamt ein eher positives Bild ab, z.B. was die Auswirkungen auf Wohlstand, Freiheit und Einkommensverteilung angehen. Nur in einzelnen Teilbereichen gibt es Anlass zur Sorge. Das Ausmaß der sozialstaatlichen Aktivität in Deutschland ist im internationalen Vergleich bereits sehr hoch. Die Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung werden nicht von allen Bevölkerungsgruppen genutzt. Die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit ist allerdings ein zentrales Kriterium, damit das Leistungsprinzip in der Sozialen Marktwirtschaft funktioniert.

In einer Sozialen Marktwirtschaft setzt der Staat den Ordnungsrahmen für den Markt, damit Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerb herrschen. Der Markt kann nicht in allen Teilbereichen sich selbst überlassen werden, ein Beispiel dafür ist die Umweltpolitik. Doch auch die Staatstätigkeit stößt an Grenzen, wie die neue Studie aus der Reihe *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik* zeigt.

Die demografische Entwicklung wird die Sozialversicherungssysteme in Zukunft vor große Probleme stellen. In Bezug auf die Steuerung der Wirtschaft gilt, dass der



Staat als zentrale Instanz dem Markt in der Sammlung und Verarbeitung von Informationen unterlegen ist und deswegen die zukünftige Entwicklung der Volkswirtschaft nicht besser prognostizieren kann als der private Sektor.

Unabhängig davon, welche Parteienkoalition die nächste Bundesregierung stellt – damit Deutschland seine positive wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen kann, ist einiges zu tun. Die Autorin der Studie, Dr. Verena Mertins, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung, skizziert aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen und Handlungsempfehlungen. Sie beschäftigt sich sowohl mit der deutschen Staatsverschuldung und Maßnahmen zur Überwindung der europäischen Schuldenkrise als auch mit dem notwendigen Umbau des Steuersystems, dem Reformbedarf auf dem Arbeitsmarkt und bei den Sozialversicherungen sowie Fragen der Industrie-, Netz- und Energiepolitik.

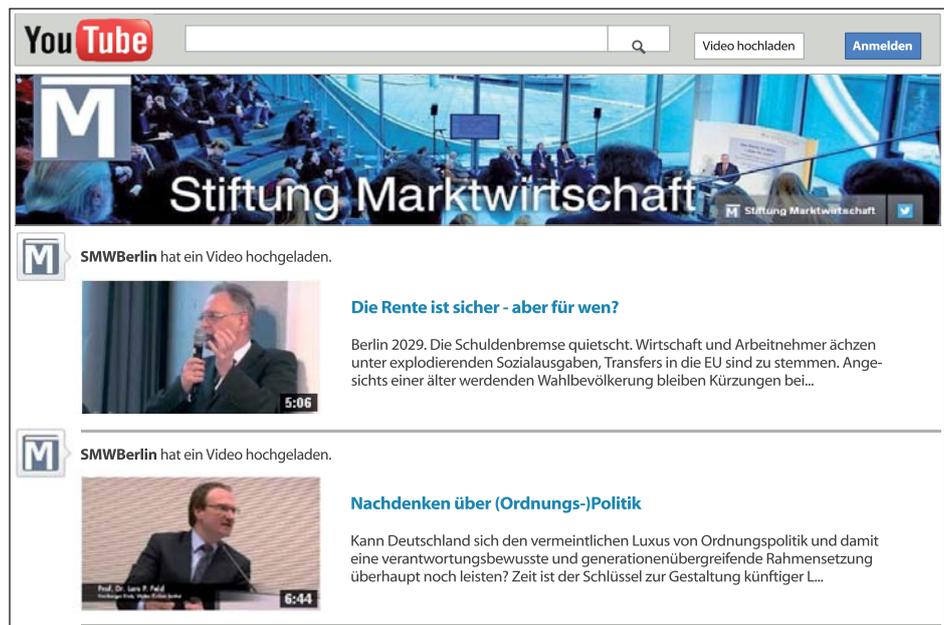
web

Das Heft (Argument Nr. 119) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Stiftung Marktwirtschaft on YouTube

Auf stiftungseigenem Kanal Filme von und über die Stiftung ansehen

Die Stiftung Marktwirtschaft hat mit ihrem eigenen YouTube-Kanal die audiovisuelle Berichterstattung über ihre Tagungen gestartet. Mit Videos über die Stiftungsarbeit können unsere Aktivitäten zu den unterschiedlichsten Themenfeldern verfolgt werden. Die Kurzfilme in einer Länge zwischen drei und sieben Minuten dokumentieren die Höhepunkte und Hauptaussagen ausgewählter Veranstaltungen zur Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Besuchen Sie uns bei YouTube und abonnieren Sie kostenlos unseren Kanal, so dass Sie bei einem neu eingestellten Film automatisch informiert werden. Oder aber schauen Sie regelmäßig vorbei, um die kontinuierlich online gestellten Videos zu sichten. Kommentare und auch kritische Anmerkungen sind erwünscht: www.youtube.com/SMWBerlin



Prof. Dr. Clemens Fuest kehrt zurück in den Kronberger Kreis

Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Clemens Fuest kehrt als Mitglied in den Kronberger Kreis zurück, dem er bereits von 2004 bis 2008 angehörte. In den vergangenen fünf Jahren war er Professor für Unternehmensbesteuerung an der Said Business School der Universität Oxford. Im Frühjahr ist er zurück nach Deutschland gekommen und wirkt seitdem als Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Der 44-jährige Fuest promovierte 1994 in Köln und habilitierte sich 2001 in München. Bis 2008 hatte er die Professur am Lehrstuhl für Public Economics an der Universität Köln inne. Fuest sagt selbst: „Ich freue mich darauf, mit den Kollegen praxisnahe Reformkonzepte zu erarbeiten für Fragen, auf die Deutschland dringend Antworten sucht.“



Barbara Bültmann verstärkt das Team der Stiftung Marktwirtschaft

Nach mehrjähriger Tätigkeit bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in Frankfurt und Paris – zuletzt als Senior Tax Managerin –, ist Barbara Bültmann seit Anfang 2013 neue Ansprechpartnerin für den Bereich Steuern. Die Juristin mit zweitem Staatsexamen hat an der Universität Konstanz und der Ludwig-Maximilians-Universität München Rechtswissenschaften studiert und verfügt darüber hinaus über ein Steuerberaterexamen. In ihrer Freizeit ist die 38-Jährige begeisterte Lacrosse-Spielerin.